

Betreff: Aw: Erinnerung an den Call for Action - Stellungnahme und Anregungen zum Klimabeschluss vom 10. Juli 2020

Datum: 2020-05-31 15:29

Von: "Dr.Elisabeth-Maria van Heesch" <Anwaltskanzlei-Dr.v.Heesch-Orgass@gmx.eu>

An: "P4F Essen" <essen@parentsforfuture.de>

Sehr geehrte Frau Gregor,

Gerne hätten wir uns zu einer gemeinsamen Gesprächsrunde zusammengesetzt, aber natürlich kommen wir auch Ihrem Wunsch nach einer schriftlichen Stellungnahme nach. Das eine schließt das andere ja auch nicht aus entlang der weiteren Lockerungen.

Stellungnahme der Ratsfraktion Tierschutz Essen/SLB - Tierschutzpartei
KV Essen

Sehr geehrte Damen und Herren der unterzeichnenden Initiativen,

als Fraktion der Partei Mensch Umwelt Tierschutz - Tierschutzpartei im Rat der Stadt Essen (in Kooperation mit dem SLB Essen) bedanken wir uns für den „Call for Action“ und die umfangreichen Anregungen zur Bewältigung der Klimakrise und des Artensterbens. Zahlreiche inhaltliche Punkte Ihrer Schreiben sind auch in unserem Parteiprogramm enthalten und entsprechen an vielen Stellen den von uns vertretenen Zielsetzungen.

Wir teilen Ihre Sorge um die Zeiträume, die noch verbleiben, um durch gezielte Entscheidungen zu erreichen, dass sogenannte „Kipppunkte“ nicht erreicht werden - worauf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schon seit Jahrzehnten hinweisen. Ein „Weiter wie gehabt“ verbietet sich angesichts der derzeitigen Situation (Dürrejahre, Extremwetterereignisse in vielen Teilen der Erde, das Auftreten von Zoonosen, weltweite Pandemie und Vieles andere mehr). Die aktuelle Corona-Krise führt weltweit zu ungeheuren Auswirkungen in den unterschiedlichsten Bereichen. An vielen Stellen wird der Ruf nach einer Rückkehr zu Verhältnissen wie vor Corona laut und auch danach, bereits beschlossene Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise wieder zurückzunehmen.

Dem können wir uns nicht anschließen! Wir sehen vielmehr eine Notwendigkeit und Dringlichkeit darin, dass der von Bundeskanzlerin Merkel schon im Jahr 2007 zum Leitprinzip der Regierungsarbeit erklärten „Nachhaltigkeit“, endlich mehr Bedeutung beigemessen wird und es zu einer verstärkten Berücksichtigung bei allen Entscheidungen und der anschließenden Umsetzung kommt.

Auch der in den 1990iger Jahren in die Verfassung eingefügte Artikel 20a hat nicht dazu führen können, dass der „Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen“ zur vordringlichen Aufgabe von Verwaltungen geworden ist. Wir setzen uns dafür ein, dass Klimaschutz und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu prioritären Pflichten werden.

Auf die Stadt Essen bezogen hatten wir gehofft, dass der Titel „Grüne Hauptstadt Europas 2017“ einen sehr viel stärkeren Ehrgeiz in Sachen Klimaschutz und Schutz der Mitwelt ausgelöst hätte. Vor allem, da Oberbürgermeister Kufen im Folgejahr noch einen „Call for Action“ unterzeichnet hat, zusammen mit den Bürgermeistern anderer Grünen Hauptstädte. Und in diesem Call for Action u.a. die Verantwortung der Kommunen für das Einhalten der Pariser Klimaziele betont wird.

Nun ist in Essen aktuell die Vorlage "Klimawandel und Klimafolgenanpassung" beschlossen worden. Darin spricht sich die Stadt Essen dafür aus, dass „der Umgang mit dem Klimawandel eine Doppelstrategie erfordert, die gleichermaßen Maßnahmen zur Minderung klimaschädlicher Treibhausgase (Klimaschutz) und Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels erforderlich macht.“

Zur Förderung des Engagements im Klimaschutz hat der Rat der Stadt Essen schon im Jahr 2008 die Teilnahme am Qualitätsmanagementsystem und Zertifizierungsverfahren „European Energy Award“ (eea) beschlossen. Damit sollen Klimaschutzaktivitäten in Kommunen regelmäßig überprüft und gesteuert werden.

Seit dem 01.01.2019 hat das Land NRW die Förderung für den eea eingestellt. Gründe dafür sind uns nicht bekannt. Für das Jahr 2019 hat die Stadt Essen die entsprechenden Mittel für eine Fortführung des eea bereitgestellt. Eine Weiterführung der Finanzierung in den Folgejahren ist derzeit in der Prüfung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt auch langfristige Mittel bereitstellt, um eine Weiterführung des eea sicherzustellen.

Für uns wäre es schwer erträglich, wenn zukünftig durch fehlende Finanzmittel der Klimaschutz (Schutz des Allgemeinwohls und der Schutz verfassungsrechtlich geschützter Rechtsgüter wie Leben, Gesundheit, Eigentum) hinter den Schutz der kommunalen Infrastruktur zurückfallen würde. Denn (nur) für letztere werden Mittel über das Programm European Climate Adaptation Award (eca) bereitgestellt. Nach unserer Auffassung sollte es eine Gleichgewichtung von Klimaschutz und den Anpassungen an die Klimafolgen geben. Eine Schwerpunktverschiebung hin zum verstärkten Schutz der kommunalen Infrastruktur sehen wir kritisch.

Wir sehen großen Diskussionsbedarf innerhalb unserer Stadtgesellschaft:

- * Sowohl was eine mögliche Schwerpunktverschiebung zwischen Klimaschutz und den Anpassungen an die Klimafolgen anbelangt,
- * als auch zu den konkreten Ergebnissen des eea und des eca.
- * Weiter zu den Schwerpunktsetzungen, was die „kommunalen Pflichtenaufgaben“ anbelangt. Wenn die Planung und Entwicklung von Grün- und Freiflächen zu den Pflichtenaufgaben gezählt wird, wie sind dann Maßnahmen zum eigentlichen Erhalt von Grün- und Freiflächen

einzuordnen? Sind sie auch kommunale Pflichtaufgabe, oder zählen sie zu den freiwilligen Aufgaben? Lassen sich aus gesetzlichen Vorgaben Spielräume für die Einteilung in Pflicht- und freiwillige Aufgaben ableiten?

* Wie können die in Essen ansässigen Konzerne zu verstärkten Anstrengungen in Sachen Klimaschutz bewegt werden?

Wir wünschen uns zur Problematik der Klimakrise eine breit angelegte Diskussion innerhalb unserer Stadtgesellschaft. Wie lassen sich konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz entwickeln, die schnell umsetzbar sind und zu wirkungsvollen Ergebnissen führen? Mit den Unterzeichnergruppen des Call for Action steht sicher viel Kompetenz für solche Diskussionen zur Verfügung.

Weiter hoffen wir, dass die Dramatik der derzeitigen Situation auch andere Parteien dazu bewegt, sich mit der Klimakrise und dem Artensterben verstärkt zu beschäftigen. Und dass die Wählerinnen und Wähler die anstehenden Kommunalwahlen in NRW zur Klimawahl machen werden. Für uns als Partei Mensch Umwelt Tierschutz - Die Tierschutzpartei heißt dies auch: Kein Klimaschutz ohne Tierschutz. Ebenso wie eine Energie- und Verkehrswende benötigt die Welt eine Ernährungswende - weg von der Massentierhaltung mit Tierqual, klimarelevantem Methanausstoß und Gülleseen, exzessiven (Regen)Waldrodungen in Südamerika zwecks Tierfutteranbaus, weg von Billigfleisch als Hauptnahrungsmittel. Und 'die Welt' beginnt bei jeder/jedem einzelnen und dem jeweiligen Einkaufszettel. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns als Tierschutzpartei in diesem Anliegen unterstützen würden.

Mit den besten Grüßen, bleiben wir in Verbindung!

Elisabeth Maria van Heesch, Tierschutz Essen

Fraktionsvorsitzende Ratsfraktion Tierschutz/SLB

Tierschutzpartei KV Essen